

Antrag

der Abgeordneten Dr. Norbert Blüm, Klaus-Jürgen Hedrich, Ingrid Fischbach, Siegfried Helias, Joachim Hörster, Rudolf Kraus, Dr. Manfred Lischewski, Marlies Pretzlaff, Erika Reinhardt, Hans-Peter Repnik, Dr. Christian Ruck, Heinz Schemken, Margarete Späte, Dorothea Störr-Ritter, Peter Weiß (Emmendingen) und der Fraktion der CDU/CSU

RUGMARK bei geplanter Fusion mit Care&Fair unterstützen und gleichzeitig Vorsorge für ein mögliches Scheitern der Verhandlungen treffen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die internationale Initiative gegen illegale Kinderarbeit in der Teppichindustrie „RUGMARK“ leistet wertvolle Arbeit.

RUGMARK wurde 1995 gemeinsam von indischen Nichtregierungsorganisationen, deutschen und internationalen Hilfswerken und der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) initiiert. Das Ziel war die Bekämpfung der illegalen Kinderarbeit in Indien.

1996 wurde die RUGMARK-Stiftung in Nepal eröffnet. 1998 wurde Pakistan mit einbezogen. Dort werden derzeit die Strukturen für die Kontrolle der Produktion und die Organisation von Sozialprogrammen aufgebaut.

Die RUGMARK-Initiative vergibt ein international registriertes Siegel für Teppiche, die nach den RUGMARK-Kriterien geknüpft wurden.

Das RUGMARK-Konzept verfolgt dabei zwei Strategien:

- Kontrolle und Zertifizierung der Produktion vor Ort und
- Sozialprogramme für (ehemalige) Kinderarbeiter und deren Familien.

Die RUGMARK-Initiative arbeitet sowohl in den Produktions- als auch in den Absatzländern.

In den Produktionsländern Indien, Nepal und Pakistan kontrolliert sie die Einhaltung der RUGMARK-Kriterien bei Herstellern und Exporteuren:

- Keine Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren; in traditionellen Familienbetrieben dürfen Söhne, Töchter und Geschwister des Knüpfstuhlesbesitzers mitarbeiten, wenn sie RUGMARK gegenüber den regelmäßigen Schulbesuch nachweisen; außerdem:
- Zahlung wenigstens der gesetzlichen Mindestlöhne an die erwachsenen Knüpfer,
- Offenlegung der Aufträge und Bestellungen gegenüber dem RUGMARK-Büro,

- Akzeptieren von unangekündigten Kontrollen zu jeder Zeit sowie
- Zahlung von 0,25 Prozent des Exportwertes der Ware an RUGMARK zur Deckung der laufenden Kosten des Kontroll- und Siegel systems.

Die Importeure in den Konsumentenländern, die Teppiche mit dem RUGMARK-Siegel in den Handel bringen, müssen eine Abgabe in Höhe von mindestens einem Prozent des Importwertes der jeweiligen Ware an RUGMARK abführen. Dieses Geld ist zweckgebunden und fließt zu 75 Prozent zurück in die Knüpf länder. Dort werden aus den Erlösen Sozialprogramme finanziert, die unmittelbar Kindern aus Knüpf erfamilien beziehungsweise ehemaligen Kinderarbeitern und ihren Familien zugute kommen. So wird sichergestellt, dass die Betroffenen nicht in neue soziale Notlagen geraten.

Die hier verbleibenden 25 Prozent sind für die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in den Absatzländern Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Großbritannien und Italien bestimmt. Käuferinnen und Käufer müssen über die Notwendigkeit eines sozialverträglichen Teppichhandels informiert und möglichst viele Handelsfirmen davon überzeugt werden, verstärkt Teppiche mit dem RUGMARK-Siegel anzubieten.

Seit Januar 1999 befindet sich RUGMARK Deutschland unter dem Dach von „TRANSFAIR e. V.“, dem Verein zur Förderung des fairen Handels mit der „Dritten Welt“.

RUGMARK erhält derzeit noch Fördermittel durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Ohne diese Finanzmittel wäre derzeit und auch in absehbarer Zukunft eine erfolgreiche Arbeit – trotz der beschriebenen, aber vergleichsweise geringen Einnahmen für RUGMARK selbst – nicht möglich.

Die Bundesregierung plant, diese Unterstützung zum Ende der ersten Jahreshälfte 2001 auslaufen zu lassen. Die dadurch zu erwartenden finanziellen Nöte soll RUGMARK nach Vorstellung des BMZ durch Zusammengehen mit der Initiative „Care&Fair – Teppichhandel gegen Kinderarbeit e. V.“ kompensieren. Ein weiterer Effekt einer solchen Fusion wäre das realistische Ziel, danach mehr als die Hälfte des deutschen Teppichhandels und -imports strengen Kriterien gegen ausbeuterische Kinderarbeit unterwerfen zu können.

Seit Ende Januar laufen dazu Gespräche zwischen RUGMARK und Care&Fair mit dem klaren Ziel, bis Juni eine für beide tragfähige Fusionsvereinbarung auszuarbeiten. Nur im Falle eines erfolgreichen Zusammengehens ist weitere finanzielle Unterstützung durch die Bundesregierung zu erwarten.

RUGMARK sieht sich dabei aktuell zwei nicht zu unterschätzenden Problemen gegenüber, die mit dem ungewissen Ausgang der Fusionsverhandlungen verknüpft sind:

- Eine Fusion birgt immer die Gefahr zu vieler oder falscher Kompromisse. Um der Sache willen darf eine inhaltliche Aufweichung der strengen Kriterien, die RUGMARK in ein neues System mit einbringen müsste, nicht zur Disposition stehen. Darüber hat man sich zwar schon im Januar mit Care&Fair grundsätzlich geeinigt. Vor dem endgültigen Abschluss der Fusionsverhandlungen ist die Gefahr von erzwungenen Kompromissen in diesem wesentlichen Punkt aber noch nicht völlig gebannt. Schlimmstenfalls könnte eine Fusion in letzter Minute an der fehlenden Unterstützung durch die Mitglieder von Care&Fair scheitern, die u. U. nicht bereit sein könnten, zukünftig nach deutlich strengeren Kriterien auf dem Niveau der heutigen RUGMARK-Regeln arbeiten zu müssen.
- Für den Fall eines solchen möglichen Scheiterns der Fusion ist bislang noch keinerlei Krisenszenario seitens der Bundesregierung entworfen worden.

Selbst wenn RUGMARK keinerlei Anteil daran haben sollte, dass die Fusion letztlich fehlschlägt, so stünde man dann dort ab Mitte des Jahres dennoch ohne Geld und ohne jegliche Perspektive da. Was in einem solchen Fall werden soll, hat die Bundesregierung bislang nicht deutlich genug gemacht.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. schnellstmöglich ein Krisenszenario für den zu vermeidenden, aber nicht auszuschließenden Fall zu entwickeln, dass die angelaufenen Fusionsverhandlungen zwischen RUGMARK und Care&Fair bis Mitte des Jahres nicht erfolgreich zum Abschluss gebracht werden können. Heute nicht absehbare Verzögerungen oder gar ein Scheitern der Fusion darf nicht unmittelbar zur Folge haben, dass RUGMARK mangels finanzieller Unterstützung seitens der Bundesregierung gezwungen sein wird, seinen wertvollen Beitrag im Kampf gegen ausbeuterische Kinderarbeit Mitte des Jahres ad hoc einstellen zu müssen;
2. entgegen aktueller Planungen im Haushalt der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ein nachhaltiges Finanzierungskonzept zu entwickeln, um mittel- und langfristig die erfolgreiche Arbeit von RUGMARK und Care&Fair – ob fusioniert unter einem gemeinsamen Dach, aber auch im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen – ermöglichen und seitens der Bundesregierung effizient unterstützen zu können;
3. sicherzustellen, dass eine Fusion nicht um jeden Preis und auf Kosten der strengen und erfolgreichen RUGMARK-Kriterien erzwungen werden soll. Das bei den Fusionsverhandlungen noch auszuarbeitende gemeinsame System von RUGMARK und Care&Fair darf im Ergebnis inhaltlich keinen Rückschritt gegenüber dem heutigen Stand darstellen. Das neue System kann nur funktionieren, wenn strenge und transparente Kriterien ähnlich zu denen von RUGMARK ohne Abstriche Geltung haben und ständiger Kontrolle unterliegen werden. Hersteller, Zwischenhändler, Vermarkter, Kunden und auch RUGMARK und Care&Fair selbst müssen auf die Güte des gemeinsamen Teppichsiegels vertrauen dürfen. Auch weiterhin sind Kontrollen vor Ort hinsichtlich der Einhaltung sozialer Mindeststandards an den Produktionsstätten unabdingbar für die Akzeptanz und den Wert des Siegels. Eine Einführung weniger strenger Kriterien kann und darf nicht zur Diskussion stehen, wenn man an die in den vergangenen Jahren gerade von RUGMARK erfolgreich geleistete Arbeit anknüpfen will;
4. durch das zu entwickelnde Konzept einer mittel- und langfristig fortgeführten finanziellen Unterstützung von RUGMARK und Care&Fair seitens des BMZ ein deutliches Signal an alle Verantwortlichen und Beteiligten zu setzen und damit klarzustellen, dass sich die Bundesregierung auch weiterhin uneingeschränkt hinter erfolgreiche Ideen im Kampf gegen ausbeuterische Kinderarbeit stellt und an einer langfristigen und berechenbaren Zusammenarbeit zwischen Staat, Wirtschaft und innovativen Initiativen auf diesem Sektor interessiert ist;
5. RUGMARK bzw. die zusammen mit Care&Fair zu bildende neue Initiative langfristig in ihrer Vorbildfunktion in Hinblick auf andere inländische Branchen und Unternehmen zu stärken. Es ist selbsterklärtes Ziel der Bundesregierung, mehr als bislang deutsche Unternehmen auch anderer Branchen für die Kontrolle der Einhaltung sozialer Mindeststandards vor Ort in den Produktionsländern zu gewinnen. RUGMARK wird in diesem Zusammenhang schon seit langem allseits als bestes Beispiel dafür angeführt, wie man ein solches Kontrollsystem in seine Produktions- und Vertriebsstrukturen

integrieren kann. Eine Kürzung der Mittel des BMZ für RUGMARK und Care&Fair wäre das falsche Signal an die großen Unternehmen in Deutschland, die gerade intensiv darüber nachdenken, künftig ähnlich wie RUGMARK und Care&Fair zu operieren. Die Bundesregierung darf bestehende Vorzeigebispiele dafür, wie sich wirtschaftliche Interessen mit nachhaltigem und sozial verantwortlichem Handeln auch in den Produktionsländern ergänzen lassen, nicht leichtfertig und durch rein finanzielle Erwägungen entwerten;

6. zu prüfen, welche neuen Instrumente sich die Bundesregierung zukünftig vorstellen könnte, um noch direkter und effizienter als bisher Initiativen im Kampf gegen ausbeuterische Kinderarbeit nach dem Beispiel von RUGMARK in Deutschland selbst fördern zu können. Neben einer Bilanzierung der bisherigen Bewilligungspraxis bei der Vergabe von Unterstützungsmitteln sollte hierbei insbesondere angedacht werden, ob die in jahrelanger Übung gefundenen Kriterien noch den aktuellen Bedürfnissen der Praxis entsprechen und ggf. sogar nach einer gesetzgeberischen Initiative verlangen.

Berlin, den 19. Juni 2001

Dr. Norbert Blüm
Klaus-Jürgen Hedrich
Ingrid Fischbach
Siegfried Helias
Joachim Hörster
Rudolf Kraus
Dr. Manfred Lischewski
Marlies Pretzlaff
Erika Reinhardt
Hans-Peter Replik
Dr. Christian Ruck
Heinz Schemken
Margarete Späte
Dorothea Störr-Ritter
Peter Weiß (Emmendingen)
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion